

KURZ NOTIERT

von Michael Stratil

Der Autor ist Sozialwissenschaftler mit Forschungsschwerpunkt Demokratie-, Nationalismus- und Integrationsforschung sowie besonderem regionalen Interesse an Malaysia und Singapur.

Singapurs Rechtsstreit um Falschnachrichten und Verleumdungen

Ist Singapurs Regierung rechtlich eine Person? Über diese Grundsatfrage hatten die Richter des Obersten Gerichtshofs Singapurs zu befinden und kamen am 19. Januar 2017 zu einer seltenen Mehrheitsentscheidung: Nein, die Regierung kann nicht als eine Person angesehen werden, wenn sie juristisch gegen mutmaßliche Verstöße gegen das Anti-Verleumdungsgesetz Protection from Harassment (POHA) vorgehen möchte. POHA wurde 2014 erlassen, um Verleumdung von Personen, Online-Mobbing und die Verbreitung von Falschnachrichten zu ahnden. POHA steht jedoch bei oppositionellen Parteien und zivilgesellschaftlichen Gruppen in der Kritik. Die Anti-Diskriminierungsgesetze dienen staatlichen Institutionen als ein Instrument, um Regierungskritiker einzuschüchtern, so der Vorwurf.

Auch das Verfahren am Obersten Gerichtshof hatte mit einer Berufungsklage der Betreiber der politischen Nachrichtenseite The Onlinetizen begonnen, die sich gegen eine Verurteilung wegen mutmaßlicher Verleumdungen des Verteidigungsministeriums zur Wehr gesetzt hatten. The Onlinetizen hatte 2015 über einen Disput um die Patentnutzung zwischen dem Ministerium und einem Medizin-Technologie-Unternehmen berichtet, wobei abgedruckte Äußerungen des Unternehmensgründers über den Rechtsstreit mit dem Ministerium nicht der Wahrheit entsprochen hätten. Folglich habe die Nachrichtenplattform zur Verbreitung falscher Informationen beigetragen.

Durch die Entscheidung des Obersten Gerichts wurde die erstinstanzliche Verurteilung der

Betreiber der Nachrichtenplattform gekippt. Eine Anklage hätte nicht stattfinden dürfen, da POHA dazu gedacht sei, natürliche Personen vor Verleumdungen zu schützen, nicht jedoch staatliche Institutionen.

Das Justizministerium kritisierte die hochrichterliche Entscheidung. POHA hätte nicht nur die Funktion, Individuen vor Verleumdungen zu schützen, sondern auch die Verbreitung von Falschnachrichten zu unterbinden. Falschinformationen könnten Wahlergebnisse beeinflussen, öffentliche Diskurse vergiften und die demokratische Gesellschaft schwächen. Die Regierung werde daher weiterhin daran festhalten, deren Verbreitung zu bekämpfen.

Channel NewsAsia, 22.1.2017

Out-Law.com, 19.1.2017

Singapurs Meinungsbild zur Todesstrafe

Die Verhängung der Höchststrafe für Schwereverbrechen wird in Singapur durch eine breite Öffentlichkeit befürwortet. Unterschiedlos und automatisch wird nach singapurischem Strafrecht für Mord, Drogenschmuggel, Entführung, Piraterie und Hochverrat die Todesstrafe verhängt. Gegen internationale Kritik wird diese mit Verweis auf die große öffentliche Zustimmung verteidigt. Die allgemeine öffentliche Bejahung der Todesstrafe liegt bei Mord bei 92 %, bei Drogenhandel und illegalem Waffenbesitz nur knapp darunter. Die meisten Befürworter glauben an ihre abschreckende Wirkung.

In einer 2016 durchgeführten Studie der Nationaluniversität Singapur (NUS), Public Opin-

ion on the Death Penalty, bei der 1500 Personen befragt wurden, konnten bisherige Ergebnisse staatlicher Meinungsumfragen bestätigt werden. Gleichzeitig wurde jedoch ein differenziertes Bild gezeichnet:

Wenn nach der Zustimmung im Kontext gefragt wurde, sank diese deutlich. In einem Szenario, in dem keine möglichen alternativen Strafen wie hohe Gefängnisstrafen zur Abschreckung wirksam seien, lag die Zustimmung bei Mord bei 56 %, bei Drogenhandel bei 43 % und im Umgang mit illegalen Waffen bei 47 %. Wenn nach der Zustimmung in einem Szenario gefragt wurde, in dem nachweislich Unschuldige verurteilt worden wären, lag

die Zustimmung bei Mord bei 35 %, bei Drogenhandel bei 28 % und bei Waffenbesitz bei 31 %. Die Befürworter der Höchststrafe positionierten sich mehrheitlich gegen eine unterschiedslose und automatische Verhängung. Nicht jeder zum Tode verurteilte Straftäter verdiene zu sterben – das Strafmaß müsse nach Tatumständen bemessen werden.

Das Ergebnis der Studie erschwert es der Regierung zukünftig, die Höchststrafe gegen seine Kritiker mit Verweis auf das öffentliche Interesse zu verteidigen. Mehr richterlicher Spielraum im Strafmaß scheint im öffentlichen Interesse zu liegen.

MURAH, 14.12.2016

The Straittimes, 08.12.2016